



BUND Rheinland-Pfalz
Postfach 1565
55005 Mainz

19. Januar 2016

Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Frau Yacoub,

herzlichen Dank für die Übersendung der Wahlprüfsteine. Gerne übersende ich Ihnen unsere Antworten:

1. Schutz von Artenvielfalt, Biotopverbund, nachhaltige Waldwirtschaft

Die erfolgreiche Ausweisung des Nationalparks im Hunsrück stellt eine wichtige Naturschutzmaßnahme dar und eröffnet neue Chancen für die Regionalentwicklung. Die Potentiale des Biosphärenreservates Pfälzerwald-Nordvogesen werden noch nicht ausreichend genutzt.

Welche Maßnahmen zur Stärkung des Nationalparks und des Biosphärenreservats unterstützen Sie und wie wollen Sie in RLP eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung weiterentwickeln?

Für den Erhalt der Biodiversität sind gut vernetzte Biotopsysteme von zentraler Bedeutung (siehe z.B. Grüner Wall im Westen, Rettungsnetz Wildkatze usw.).

Welche Schritte unternehmen Sie um den Biotopverbund zu verbessern und wie stellen Sie sich vor dem Hintergrund der sog. Schuldenbremse die weitere Förderung des Naturschutzes im Land vor?

Die Ausweisung eines Nationalparks war ein wesentliches Ziel des Koalitionsvertrags der Rot-Grünen-Koalition. Die Menschen im Hunsrück wurden in einem beispielhaften Beteiligungsverfahren bei der Entwicklung des Nationalparks eingebunden. Mit der Eröffnung des Nationalparks Hunsrück/Hochwald hat die eigentliche Arbeit für eine natürliche Entwicklung der dortigen Wälder und eine erfolgreiche Regionalentwicklung der Nationalparkregion erst begonnen. Beide Prozesse benötigen ihre Zeit. Die SPD wird den Nationalpark Hunsrück/Hochwald auch in Zukunft unterstützen.

Das UNESCO Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen ist ein großes grenzüberschreitendes Schutzgebiet und umfasst das größte geschlossene Waldgebiet Deutschlands. Aufgrund der Bedeutung des Pfälzerwalds für Rheinland-Pfalz tragen wir besondere Verantwortung für den Schutz und die Entwicklung dieses Gebietes. Wir kommen dieser Verantwortung seit Jahrzehnten nach und werden dies auch zukünftig tun. Dies gilt unter anderem für die Ausweitung der Kernzonen und Erarbeitung eines Biotopverbundkonzepts. Wir werden die notwendigen Schritte gehen, um den Status des Biosphärenreservates Pfälzerwald zu sichern und den Pfälzerwald zur Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu machen.

Der hohe Waldanteil in Rheinland-Pfalz verpflichtet uns zu einer besonders sorgsam und nachhaltigen Nutzung. Unser Wald liefert den nachwachsenden Rohstoff Holz, er ist Lebensraum für viele Arten und bietet die Möglichkeit zur Erholung in der Natur. In den zurückliegenden Jahren ist der Anteil der Laubbäume gestiegen, unsere Wälder sind älter und naturnäher geworden. Unser Ziel bleiben stabile und artenreiche Mischwälder, die alle Waldfunktionen erfüllen. Wälder sind komplexe und dynamische Ökosysteme. Sie binden Kohlendioxid, sie unterstützen den Luftausgleich und die Trinkwasserversorgung. Unsere Forstpolitik möchte alle Waldfunktionen für zukünftige Generationen erhalten. Eine erfolgreiche naturnahe Forstwirtschaft setzt angepasste Schalenwildbestände voraus.

Die erfolgreiche FSC Zertifizierung des Staatswaldes bestätigt, dass der Staatsforst in Rheinland-Pfalz nach hohen Standards bewirtschaftet wird. Mit dem Konzept zum Umgang mit Biotopbäumen, Altbäumen und Totholz werden bestehende Lebensräume erhalten und zusätzliche geschaffen. Wir wollen einen Anteil der Prozessschutzflächen im Staatswald von 10% erreichen.

Das Biotopverbund Konzept wurde in Rheinland-Pfalz unter Federführung der SPD im damaligen Umweltministerium entwickelt. Dieses Konzept gilt es weiterhin umzusetzen. Zu den besonders bedeutenden Maßnahmen zählt die Schaffung der Stiftung Grüner Wall im Westen. Hierüber hinaus wurden Maßnahmen zum Schutz sensibler Arten, wie z.B. der Wildkatze, und zur Entwicklung bedeutender Lebensräume, wie z.B. im Bienwald, umgesetzt. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten und den Biotopverbund weiter in der Fläche entwickeln.

2. Energiewende, Klimaschutz und Mobilität

Die weltweiten Bemühungen zur Abwendung eines Klimakollapses müssen auch bei uns wirksam untermauert werden – durch eine Fortführung der Energiewende einschließlich der Bereiche Energiesparen, Wärme, Dekarbonisierung und ökologische Steuerreform.

Wie stellen Sie sich die weitere Gestaltung der Energiewende und den Ausbau sowie die Steuerung der Erneuerbaren vor und welche Maßnahmen zur Energieeinsparung wollen Sie anstoßen?

Der verkehrsbedingte Schadstoffausstoß ist nach wie vor hoch und schadet der Gesundheit. Die bürger*innennahe Bedienung der Räume mit öffentlichem Verkehr ist weiter unterentwickelt.

Welche Initiativen wollen Sie für eine vorrangige Förderung von Fuß-Rad-Bus- und Bahnsystemen in unseren Städten und in der Fläche ergreifen und wie stehen Sie zu den umstrittenen Großprojekten A643 durch den Mainzer Sand, A1, B10, Rheinbrücke Wörth, Mittelrheinbrücke?

Wir wollen die Energiewende gestalten und unter anderem den Strombedarf des Landes bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien decken. Aber auch in den Bereichen Wärme und Verkehr wollen wir unsere Anstrengungen verstärken.

Dabei setzen wir auf den Dreiklang aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Bei der umweltfreundlichen Stromerzeugung wird die Windkraft weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Allerdings müssen wir darauf achten, dass sie nur in Vereinbarkeit mit dem Landschafts- und Naturschutz sowie dem Schutz der Kulturlandschaft erfolgen kann.

Wir stärken die Dezentralisierung der Energieversorgung und dabei insbesondere die Hocheffizienztechnologie Kraft-Wärme-Kopplung als Bindeglied von Strom- und Wärmeerzeugung.

Dabei sind wir auf einem guten Weg, wie insbesondere die deutliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen unseres Landes in den letzten beiden Jahrzehnten und der erfolgreiche Ausbau der Erneuerbaren Energien belegen. Mit dem Landesgesetz zur Förderung des Klimaschutzes (Landesklimaschutzgesetz - LKSG -) haben wir ein wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt und die Basis für die Energiestrategie der Zukunft gelegt. Uns ist dabei wichtig, dass wir beispielgebend als Land vorgehen mit dem Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung. Dabei haben wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aber auch der Wirtschaft im Blick. Denn nur gemeinsam können wir den Klimaschutz aktiv voranbringen und eine Energieversorgung sicherstellen, die auch weiterhin die Balance aus Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und wirtschaftlicher Stabilität garantiert. Auf Grundlage des Klimaschutzgesetzes wurden konkrete Maßnahmen für ein rheinland-pfälzisches Klimaschutzkonzept in einer breiten Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung entwickelt. Anfang November 2015 wurde das Klimaschutzkonzept des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlicht. Zentral für das Konzept ist die Entwicklung konkreter Maßnahmen, wie sich das Klimaschutzziel erreichen lässt.

Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland, in dem die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den Regionen wohnen. Dadurch tragen sie zur Erhaltung der traditionellen Kulturlandschaften bei. Dies bedingt jedoch auch, dass diese Bürgerinnen und Bürger aus den Regionen in die Ballungszentren zur Arbeit pendeln. Insofern wird verständlich, dass die Verkehrswege von hoher Bedeutung für unser Bundesland sind. Dessen unbenommen wollen wir den weiteren Ausbau des Rad-, Bus- und Fußwegenetzes weiter fördern.

Was die angesprochenen Großprojekte angeht, so liegen hier unterschiedliche Sachlagen vor. Beim Ausbau der A643 hat der Bauunfall an der Schiersteiner Brücke 2015 gezeigt wie wichtig dieses Verkehrsnadelöhr für das Rhein-Main Gebiet ist. Dennoch sind wir uns der europaweiten ökologischen Bedeutung des Naturschutzgebietes Mainzer Sand bewusst. Aus diesem Grund hat der Landesbetrieb Mobilität in Abstimmung mit den Naturschutzverbänden einen guten Kompromiss zum Ausbau der A643 gefunden (4+2 Lösung). Diese von allen Beteiligten akzeptierte Lösung wurde, wie sie wissen, vom Bundesverkehrsministerium nicht akzeptiert und auf der landschaftsverbrauchenden sechsspurigen Variante beharrt. Bei den Projekten des Lückenschlusses der A1 und dem Ausbau der B10 halten wir eine Vollendung dieser Projekte für unerlässlich und auch ökologisch für vertretbar bzw. in ihren Auswirkungen für die Natur ausgleichbar. Beim Ausgleich der Eingriffe spielen u.a. Grünbrücken eine zentrale Rolle. Die geplanten Brückenprojekte über den bei Rhein bei Wörth und bei St. Goar am Mittelrhein halten wir ebenso für notwendig und ökologisch vertretbar. Die geplante Rheinbrücke bei Wörth dient der Entlastung bestehender Brücken in der Rhein-Neckar-Ballungsregion. Sie wird auch unter Beachtung ihrer ökologischen Auswirkungen geplant. Dementsprechend soll der Eingriff bei der Planung und Umsetzung minimiert werden. Nicht abwendbare Eingriffe sollen im Landschaftsraum ausgeglichen werden. Die geplante Rheinbrücke am Mittelrhein bei St.Goar wäre die einzige feste Rheinquerung zwischen Koblenz und Mainz auf rund 90 km Länge. Sie wurde bewusst von Anfang an als regionale Brücke geplant, um den Menschen in der Region die Möglichkeit einer festen Rheinquerung zu geben. Der geplante Standort befindet sich an zwei ehemaligen Panzerrampen. Somit würden keine nennenswerten Eingriffe in Natur und Landschaft erfolgen, wie dies an anderen Stellen zu befürchten wäre. Insofern wäre auch diese Brücke mit einem zumutbaren Eingriff in Natur und Landschaft umzusetzen.

3. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher*innenschutz

*Grundlage einer gesunden Ernährung ist eine Wertschätzung von Lebensmitteln, die in umweltgerechter Landwirtschaft erzeugt und transparent vermarktet werden. Dies ist auch tierschutzgerecht und dient dem Klima- sowie dem Verbraucher*innenschutz.*

Wie wollen Sie die heimische ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft stärken, damit diese gegenüber der globalisierten agrarindustriellen Produktion eine Existenzchance behält?

Rheinland-Pfalz ist landwirtschaftlich geprägt. Landwirtschaft und Weinbau prägen unsere Kulturlandschaften und haben diese über Jahrhunderte erschaffen. Rund drei Prozent der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Bevölkerung sorgen für 75% der heimischen Lebensmittel. Die Landwirtschaft hat auch große Beiträge zur Biodiversität von Rheinland-Pfalz geleistet. Offenlandarten wie Rebhuhn, Feldhase oder Wiesenweihe wären ohne Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz kaum denkbar, wie beispielsweise das Überleben der letzten Wiesenweihenpopulation auf dem Oberhilbersheimer Plateau.

Allerdings hat sich die Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten auch in Rheinland-Pfalz verändert. Um im Wettbewerb mithalten zu können, hat die Intensivierung zugenommen: Moderne Technologien, die effizientes und umweltschonendes Arbeiten ermöglichen, aber auch zu Arbeitserleichterungen geführt haben, haben der Landwirtschaft ein neues Gesicht gegeben.

Die gesellschaftliche Diskussion hat dazu geführt, dass Förderungen verstärkt und dem Leitsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ gegeben werden.

Themen wie z.B. Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Tierwohl und Biodiversität stehen immer mehr im Mittelpunkt. Obwohl die Ernährung der Bevölkerung immer noch im Mittelpunkt steht, ist Landwirtschaft heute nicht mehr eindimensional, sondern in ihrer Multifunktionalität zu betrachten. Die SPD in Rheinland-Pfalz sieht daher insbesondere in der ökologisch-bäuerlichen Landwirtschaft eine große Chance, denn es besteht ein großer Bedarf an biologisch erzeugten Nahrungsmitteln in Deutschland, der aus heimischer Produktion nicht gedeckt werden kann. Wir werden daher diesen wichtigen Zweig der landwirtschaftlichen Produktion weiter im Rahmen der betrieblichen Beratung bei der Umstellung von Betrieben unterstützen und durch gezielte Schulungen fördern. Wichtige Instrumente der Förderung bleiben hier die Umstellungs- und die Beibehaltungsprämie sowie weitere Maßnahmen aus der so genannten 2. Säule: z.B. spezielle Investitionsförderung für tierartgerechte Ställe, aber auch die Agrarumweltmaßnahmen. Außerdem streben wir eine Stärkung der Agrarverwaltung und Landwirtschaftskammern an, um auch konventionell wirtschaftende Betriebe zukünftig zu einer noch nachhaltigeren Bewirtschaftung, um etwa den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz zu befähigen. Von zentraler Bedeutung ist aber auch, dass von allen Seiten Lebensmittel aus Rheinland-Pfalz stärker gewürdigt werden. Bausteine dazu sind die Ernährungsberatung unserer DLR und Landfrauen, aber auch die Stärkung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Denn nur wenn wir auch diese Lebensmittel gesamtgesellschaftlich stärker würdigen, werden ökologisch arbeitende Betriebe und auch die Wiesenweihe weiterhin in Rheinland-Pfalz heimisch sein.

4. Wirtschaft, Bildung, Demokratie

Ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem setzt auf „Teilen statt Spalten“, also statt auf globalisierten Welthandel auf Ressourcenschonung, hohe Umwelt- und Sozialstandards, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort und fußt auf einem ökologisch fundierten, integrativen Bildungssystem.

Welche Schritte unternehmen Sie zu fairen, transparenten Handelsbeziehungen statt TTIP, TISA und CETA und wie wollen Sie in RLP eine nachhaltige Regionalentwicklung stärken sowie eine breite ökologische Bildung?

Unser friedliches Zusammenleben und eine demokratische Teilhabe der Zivilgesellschaft sind durch antidemokratische Entwicklungen und Lobbyismus akut gefährdet.

*Welche Initiativen ergreifen Sie für eine verbesserte Bürger*innenbeteiligung an politischen Entscheidungen, für Transparenz und Teilhabe in der Wirtschaft und für eine angemessene Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements?*

Der Erhalt und die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze ist ein grundlegendes Ziel der SPD in Rheinland-Pfalz. Wir stehen für gute Rahmenbedingungen und einen klaren Anspruch: Soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und ökonomische Vernunft verbinden. Wir wollen die regionale Wertschöpfung weiter stärken. Die vergangenen Jahre zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Arbeitslosenquote auf einem niedrigen Niveau, unsere Wirtschaft wächst und gleichzeitig gelingt es uns, zunehmend Ressourcen zu schonen. So sind die Treibhausgasemissionen unseres Landes in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten um rund 40% gesunken.

Wir möchten durch eine umfassende Umweltbildung ein Bewusstsein für den verantwortlichen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen schaffen. Deshalb werden wir die Angebote der Umweltbildung und die Arbeit der Ehrenamtlichen in den Naturschutzverbänden weiter fördern.

Die deutsche Volkswirtschaft hat vielfältige Außenhandelsbeziehungen zum Rest der Welt. Hiervon profitieren unser Land, seine Unternehmen und nicht zuletzt die Arbeitnehmer erheblich. Unser Ziel ist es, dass durch die angesprochenen Freihandelsabkommen bessere Regeln für Wirtschaft und Handel geschaffen werden können. Für eine demokratische Gestaltung der Globalisierung könnte dies ein großer Schritt sein.

Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass unsere Standards etwa im Bereich des Arbeits-, des Umweltschutzes oder im Verbraucherschutz nicht abgesenkt werden. Zudem lehnen wir Schiedsgerichte ab, die Regeln unseres demokratischen Rechtsstaats ausheben könnten.

Das Thema TTIP hat in den letzten Monaten zu Recht sehr viel Aufmerksamkeit erhalten. Ohne Zweifel bergen Freihandelsabkommen für Rheinland-Pfalz große wirtschaftliche Potenziale, gerade mit Blick auf Exportchancen. Die Verhandlungen dürfen die Errungenschaften der EU, u.a. im Bereich der Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards, jedoch nicht in Frage stellen. Dazu gehört sicherlich auch, die öffentliche Daseinsvorsorge von Liberalisierungsverpflichtungen auszunehmen. Es muss vermieden werden, dass durch ein Freihandelsabkommen in demokratischen Entscheidungsprozessen getroffene bisherige und zukünftige Rechtssetzungen und Standards in Frage gestellt werden.

Die Delegierten auf dem Bundesparteitag der SPD haben im Dezember 2015 mit großer Mehrheit für einen Antrag des Parteivorstands gestimmt, der die Aushandlung der Abkommen (TTIP, CETA) mit den USA und Kanada befürwortet, dafür aber Bedingungen formuliert: keine undemokratischen Schiedsgerichte oder ähnliche demokratieaushebelnde Verfahren; europäische Schutzstandards dürfen nicht sinken; der Prozess muss transparent sein und am Ende müssen alle europäischen Parlamente und das Europäische Parlament über das Abkommen abstimmen.

Rheinland-Pfalz hat sich bereits frühzeitig im Bundesrat, in Ministerkonferenzen sowie gegenüber den europäischen Institutionen zu den Freihandelsabkommen eingebracht und wird das auch weiterhin tun. Wir werden die Verhandlungen um die Freihandelsabkommen weiterhin aktiv und kritisch begleiten.

Vielmehr möchten wir hohe arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den Handelsbeziehungen verankern.

Wir setzen und für mehr Beteiligung und Transparenz auf allen Ebenen ein. So haben wir die Empfehlungen der Enquete- Kommission Bürgerbeteiligung umgesetzt und das Transparenzgesetz verabschiedet. Damit sind unter anderem die formalen Hürden für direktdemokratische Verfahren auf kommunaler Ebene abgesenkt, Unterschriftensammlungen erleichtert und die Verpflichtung zu einem finanziellen Deckungsvorschlag gestrichen worden. Bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wird das Antragsquorum künftig einer prozentualen Staffelung unterzogen, die mit zunehmender Gemeindegröße gleichmäßig absinkt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jens Guth'.

Jens Guth, MdL
Generalsekretär